



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Spectator: Politik und Wirtschaft

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

in ihrem Suchen nach Begabungen ist ihm günstig — denn selbst Kleist hat nie eines seiner Stücke aufführen sehen, und Eulenberg hatte bei fast allen Werken dazu Gelegenheit.

Damit soll freilich gewiß nicht gesagt werden, daß das breite Publikum ihn hegt und pflegt. Dem sind seine Werke zu sehr voll „unwahrscheinlicher“ Elemente, man will im allgemeinen nicht poetisch-phantastisch ersafte Gegenwart, sondern glaubhafte, verbürgte. Darum ist es immer noch an der Zeit, laut auszusprechen, was wir an Eulenberg in seinen guten Werken haben: in einer Zeit psychologischen Zerlegens und artistischer Überkünst einen ursprünglichen Dichter.

Das möge er uns bleiben!



## Politik und Wirtschaft



ie Balkanwirren, die heute, nach der Kündigung des Waffenstillstandes einer endgültigen Lösung so fern zu sein scheinen wie nur je, beunruhigen das wirtschaftliche und politische Leben Europas nach wie vor in starkem Maße. Das vorläufige Scheitern der Friedensverhandlungen war eine schwere Enttäuschung, die zunächst in einem neuen Sturz der Börsenkurse zum Ausdruck kam, darüber hinaus aber für das gesamte Wirtschaftsleben von bedenklichster Wirkung ist.

Das Schwanken der Effektenkurse hat gegenwärtig keine große Bedeutung, denn die Börse ist geschäftslos und ihre Bewegungen spielen sich in einem engen Rahmen ab. Dagegen ist die Rückwirkung der politischen Unsicherheit auf den Geldmarkt um so verhängnisvoller. Denn nur der letzteren ist es zuzuschreiben, wenn die Anspannung, welche der Jahreswechsel mit sich brachte, nur so zögernd und langsam weicht, wie nie zuvor. Selbst im Januar 1908, nach der scharfen Geldkrisis des vorangegangenen Jahres, war die Reichsbank imstande wieder eine steuerfreie Notenreserve anzusammeln. In diesem Jahre ist es ihr nicht gelungen den steuerpflichtigen Umlauf im ersten Monat zu beseitigen und sie geht daher mit dem Zinsfuß von sechs Prozent in den Februar, der sonst die geldflüchtigste Periode des Jahres einleitet. Unter diesen Umständen sieht es übel für alle diejenigen aus, welche zur Befriedigung ihrer Emissionswünsche eine Erleichterung des Geldmarktes herbeisehnten. Bei einem Reichsbankdiskont von dieser Höhe ist an einen erfolgreichen Appell an den Geldmarkt nicht zu denken. Selbst die dringlichsten Bedürfnisse der Staaten und Gemeinden

müssen daher zurückgestellt werden. So hat Hamburg die beabsichtigte Emission von sechzig Millionen vierprozentiger Anleihe unter dem Drucke der Verhältnisse auf die Hälfte des Betrages beschränkt, so haben eine ganze Anzahl deutscher Städte auf die bereits beschlossene Aufnahme größerer Anleihen einstweilen verzichten müssen. Das trifft die Städte um so schwerer, als das ganze vorangegangene Jahr sich der Befriedigung von Emissionswünschen sehr ungünstig zeigte. Daher ist der Betrag der 1912 aufgenommenen Städteanleihen niedriger geblieben als in den letzten sieben Jahren, obgleich doch die Bedürfnisse der Städte während dieser Periode stark gestiegen sind, ebensowohl wegen der Erweiterung der kommunalpolitischen Aufgaben, als wegen der Gewöhnung, sich in der Befriedigung des Anleihebedarfes keine Beschränkung aufzuerlegen. Es sind ganz außerordentlich große, nach mehreren hundert Millionen zählende Summen, deren Deckung die Kommunen bei der ersten günstigeren Gestaltung am Geldmarkt heischen werden. Dazu treten dann die Bedürfnisse der Einzelstaaten und des Reichs, welsch letzteres im Frühjahr ebenfalls wieder mit Ansprüchen hervortreten dürfte. Dabei hat das Konsortium für die Übernahme der letzten Emission bis heute sich noch nicht auflösen können! Es ist schlechterdings nicht abzusehen, woher der Geldmarkt die Kraft nehmen soll, all diesen Anforderungen zu genügen, zumal auch die Regelung der großen internationalen Bedürfnisse, der Anleihen Italiens, der Türkei, der Balkanstaaten, Chinas, deren hier zunächst Erwähnung getan worden ist, noch aussteht.

\* \* \*

Vom Geldmarkt drohen daher auch der Wirtschaftskonjunktur die ernstesten Gefahren. Einstweilen ist der rasche Aufstieg der Industrie — wenigstens der schweren — durch den Balkankrieg und die politischen Sorgen nicht gehemmt worden. Der Weltbedarf an Erzeugnissen der Montanindustrie, an Eisen wie an Kohle, ist ein so ungeheurer, daß in allen drei Hauptproduktionsländern, in Deutschland nicht minder wie in Amerika und England, Produktion und Ausfuhr im letzten Jahre ganz außerordentlich gesteigert werden konnten. Der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau hat sich noch nie in so günstiger Lage befunden als im Augenblick. Während früher der Absatz nach dem Ausland zu billigen Preisen forciert wurde und dort vielfach ein verlustbringender Wettbewerb mit englischer Kohle durchzufechten war, liegen heute die Verhältnisse so, daß das Kohlen Syndikat zu sehr gewinnbringenden Preisen in das Ausland verkauft. Es ist daher den Betrieben gegenüber längst jede Betriebseinschränkung aufgehoben und den Mitgliedern eine Überschreitung der Beteiligungsquote um 5 Prozent zugestanden worden; die Syndikatsumlage ist ermäßigt und wird nach dem Eintreten der beschlossenen Preiserhöhung um weitere 2 Prozent vermindert werden. Wir haben früher schon darauf hingewiesen, welche Gewinne den Betrieben allein aus dieser Verminderung der Umlage zufließen. Es zeigt sich jetzt auf das Klarste, wie berechtigt der Widerspruch des

Fiskus gegen die Preiserhöhung war, welche das Syndikat für das zweite Quartal beschlossen hat.

Fast noch mehr in die Augen fallend ist die starke Steigerung der Eisenindustrie. Auch hier handelt es sich um eine Weltkonjunktur, die in den drei rivalisierenden Ländern gleichmäßig in Erscheinung tritt. Deutschlands Eisenerzeugung ist im letzten Jahrzehnt mit Riesenschritten vorangegangen. Ein volles Viertel der Weltproduktion entfällt auf seinen Anteil und im Jahre 1911 hatte es sich unter Überflügelung Englands zum größten Eisenexporteur der Welt gemacht. Das letzte Jahr hat eine abermalige Steigerung der Ausfuhr um nahezu 20 Prozent gebracht, aber die führende Stellung hat uns gleichwohl Amerika entrisen, das seine Ausfuhr mit einer unerhörten Energie in zwei Jahren um volle zwei Drittel steigern konnte. Aber unser Vorsprung vor England hat sich auch im letzten Jahre vergrößert und zwar so sehr, daß es fast unmöglich erscheint, ihn wieder einzuholen. Um nicht weniger als 330 Millionen übertrifft der Ausfuhrüberschuß Deutschlands den englischen. Was aber für die deutsche Eisenindustrie besonders in das Gewicht fällt, ist der Umstand, daß der starken Ausfuhrsteigerung eine noch größere Vermehrung des Inlandsverbrauchs gegenübersteht. Dieser inländische Konsum ist auf das Doppelte der Ausfuhr angewachsen und wird von der deutschen Industrie allein versorgt, denn die Einfuhr ist — anders als in England — auf ein Minimum zurückgegangen. Dieser starke Inlandsbedarf, der freilich zum Teil auch durch die Erweiterungsbedürfnisse der Industrie hervorgerufen ist, gibt der Eisenindustrie eine weit sichere und verlässlichere Grundlage, als die größte Steigerung der Ausfuhr.

Diese außergewöhnlich günstige Weltkonjunktur befestigt in den Kreisen der Industrie die Überzeugung, daß der augenblickliche Stillstand nur eine Pause vor einer noch lebhafteren Aufwärtsbewegung bedeute, sobald nur die politischen Störungen behoben seien. Diese Ansicht ist zweifellos eine zu optimistische. Sie entspricht den Gewohnheiten der Industriellen, welche sich mitten in der Hochkonjunktur nur schwer entschließen können, an einen Rückgang zu glauben. Sie verkennet aber die schwierige Lage des Geldmarktes, dessen Verfassung nicht danach angetan ist, einer verstärkten Konjunkturbewegung mit ihren enormen Geld- und Kapitalbedürfnissen Vorschub zu leisten. Wenn die Industrie die Sturmzeichen wieder übersteht, so wird sie Gefahr laufen, die schlimmen Erfahrungen des Jahres 1907 sich erneuern zu sehen.

\* \* \*

Freilich, auch wenn ein Umschwung kommen sollte, so findet er uns besser gerüstet als fünf Jahre zuvor. Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands sind in kaum faßlichem Maße erstarkt. Eine von der Dresdner Bank herausgegebene Broschüre stellt in äußerst anschaulicher Weise durch eine Aneinanderreihung kurzer statistischer Angaben den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Vaterlandes

während der letzten vierzig Jahre vor Augen. Allenthalben zeigt sich eine ganz außergewöhnliche Entwicklung. Kaum ein Gebiet der Volkswirtschaft, auf dem wir nicht unsere Rivalen England und Frankreich weit hinter uns gelassen hätten. Besonders tritt die starke Steigerung des Volksvermögens auffallend in die Erscheinung. Deutschland ist längst das kapitalarme Land nicht mehr, als welches es heute noch oft, namentlich von Stimmen des Auslandes, bezeichnet wird. Die absolute Ziffer des Volksvermögens ist, soweit eine Schätzung möglich ist, sicher nicht niedriger, sondern höher als die Frankreichs und nicht sehr verschieden von der Englands, die jährliche Zunahme (jetzt auf 4 Milliarden geschätzt) ist größer als bei beiden. Die wirtschaftliche Entwicklung ist aber nicht lediglich der Industrie zu danken, sondern in ganz hervorragendem Maße auch der Landwirtschaft. Innerhalb der letzten fünfundzwanzig Jahre ist der Ernteertrag vom Hektar Landes in Deutschland prozentual bei allen Kulturpflanzen um mehr als die Hälfte gestiegen, bei den wichtigsten in noch stärkerem Maße, so bei Roggen um 73, bei Hafer um 80, bei Kartoffeln um 61 Prozent. Hier tritt greifbar die Folge der intensiveren Wirtschaft in Erscheinung, welche nur durch die Zollpolitik des Reiches ermöglicht worden ist. So gehört denn auch Deutschland trotz seiner industriellen Entwicklung noch zu den Hauptagrarländern. Obwohl in der Beschaffenheit von Grund und Boden von der Natur weniger begünstigt als andere Länder, hat Deutschland doch infolge der gesteigerten Intensität der Betriebsweise, der Ausbildung wissenschaftlicher Methoden, des Unterrichts- und Genossenschaftswesens glänzendere Ernteergebnisse als irgendein anderes Land. Der Kaliberverbrauch in Deutschland allein ist so hoch als der aller anderen Länder der Welt zusammen. Tüchtigkeit und Fleiß haben auch in der Landwirtschaft uns ersetzt, was die Natur versagte. Es kann nicht schaden, sich in kritischer Zeit zu vergegenwärtigen, welche Kräfte in der Nation schlummern.

\* \* \*

Der Reichsanzeiger hat ziemlich überraschend den Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes veröffentlicht, nachdem kurz zuvor noch erhebliche Zweifel bestanden, ob die Regierung dem Drängen nach gesetzlichem Eingreifen in der Wohnungsfrage nachgeben werde und ob nicht vielmehr das Reich berufen sei, die Lösung der Aufgabe in die Hand zu nehmen. Es ist hoch erfreulich, daß in dieser wichtigen, zurzeit vielleicht wichtigsten Frage der Sozialpolitik endlich ein entscheidender Schritt geschieht. Man mag in Einzelheiten mit der beabsichtigten Regelung nicht einverstanden sein und manches anders oder besser wünschen — in der Hauptsache muß ungeteilte Befriedigung darüber herrschen, daß der Staat sich dazu aufrafft, mit besserer Aussicht auf Erfolg als vor neun Jahren in das Wohnungswesen einzugreifen. Daß er sich dabei auf das Nötigste beschränkt und sorgfältig auf die Schonung berechtigter Interessen bedacht ist, wird man nur richtig finden. Auf der anderen Seite aber ist von Wichtigkeit,

daß der Staat selbst durch eine entsprechende Mitwirkung der Ortspolizeibehörden und der höheren Verwaltungsbehörden für eine wirksame Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen sorgt. Gerade hier setzt aber die Kritik ein; man befürchtet mancherseits eine Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung und möchte die Gemeinden am liebsten mit der selbstherrlichen Regelung des Wohnungswesens betraut wissen. An diesen Bedenken ist ja auch schon der Entwurf von 1904 gescheitert. Die Gemeinden haben aber das in sie gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt. Mit ganz wenig Ausnahmen sind irgendwelche durchgreifende Maßregeln zur Abstellung der Mißstände im Wohnungswesen nicht getroffen worden. Das kann bei dem Übergewicht, welches der städtische Grundbesitz in den Stadtverwaltungen ausübt, nicht wundernehmen. Aus der bekannten Fehde zwischen der Gemeindeverwaltung in Spandau und Professor Oberstadt ist zu ersehen, wie sich die Auffassungen gewisser Kommunalpolitiker und der Vorkämpfer der Wohnungsreform völlig unvereinbar gegenüberstehen. Hier muß von Staats wegen eingeschritten werden, wenn etwas Ersprießliches dabei herauskommen soll. Der Entwurf sucht nun die Abhilfe dadurch zu schaffen, daß er durch Abänderung des Fluchtliniengesetzes und durch Ausdehnung der sogenannten *lex Abikes* auf die ganze Monarchie für die Bereitstellung billigen und ausreichenden Baugeländes Bedacht nimmt. Sodann wird durch entsprechende Vorschriften für die Bauordnungen dafür Sorge getragen, daß Erleichterungen für den Wohnungsbau Platz greifen und das System der Mietskasernen durch den Flachbau verdrängt wird. Die Benutzung der Wohnungen wird durch obligatorische Wohnungsordnungen in den größeren Gemeinden und durch die Wohnungsaufsicht geregelt. In den Wohnungsordnungen und der Wohnungsaufsicht liegt zunächst der Schwerpunkt des Gesetzes. Nur eine strenge und gewissenhafte Kontrolle wird die Mißstände, welche mit den unhygienischen, überfüllten Wohnungen, mit dem Schlafgängerwesen und der Heimarbeit verbunden sind, allmählich zu beseitigen vermögen. Eine umfassende Regelung des Wohnungswesens bietet der Entwurf somit nicht. Gehört dazu doch manches, was Gegenstand gesetzlicher Regelung überhaupt nicht sein kann, sondern der Initiative der Verwaltung oder der Privaten überlassen bleiben muß, wie die so ungemein wichtige Frage des Vorortverkehrs und der Schnellbahnen in den Großstädten. Andere gesetzliche Eingriffe, die an sich erwünscht wären, wie eine Reform des Hypothekenrechts und eine Ausgestaltung des Erbbaurechts bedingen eine Abänderung des bürgerlichen Rechts und sind daher Reichsfrage. Sie bedürfen zudem so gründlicher Erwägung, daß sie nicht ohne sorgfältige Vorarbeiten und statistische Unterlagen in Angriff genommen werden können. Mag man mit diesen weitreichenden Mitteln warten; die Hauptsache ist, daß den Mängeln da energisch gesteuert wird, wo es ohne langes Überlegen möglich ist.

Spectator